

Zugleich Gönzenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Köpperner Neueste Nachrichten - Taunuspost

Bezugspreis: 1.50 Mkt. monatlich auch
schlechtlich Trägerlohn. Erscheint wochent-
täglich. — Bei Ausfall der Lieferung
ohne Verschulden des Verlags oder
infolge von höherer Gewalt, Streik
etc. kein Anspruch auf Entschädigung.
Für unvollständige eingekaufte Zuschriften
übernimmt die Schriftleitung keine
Gewähr. — Einzelnummern: 10 Bfg.

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Anzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger

Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm
breite Nonpareilzeile kostet 20 Bfg.
Totale Gelegenheitsanzeigen nach be-
sonderem Tarif. — Die 88 mm breite
Nonpareil-Necklamelle kostet 1.—,
zwischen Text 1.50 Mkt. — Erscheinen
von Anzeigen an bestimmten Tagen
und Plätzen nach Möglichkeit aber
ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Bfg.

Postfachkonto 398 64 Frankfurt-M.

Nummer 33

Dienstag, den 9. Februar 1932

7. Jahrgang

Redeschlachten um die Abrüstung.

Vor der Redr des Reichskanzlers. — Simson spricht.

Tardieu singt sein altes Lied.

Genf, 9. Februar.

Die große internationale Abrüstungskonferenz hat am Montag die mit großer Spannung erwartete allgemeine politische Aussprache begonnen. Der Sitzungsraum war bis zum letzten Platz besetzt. Die Aussprache eröffnete der

englische Außenminister Sir John Simon

mit einer einstündigen Rede, in der er u. a. sagte: Niemand glaubt mehr heute, daß der Frieden der Welt nur durch Vorbereitung des Krieges gesichert werden kann. Ein hoher Rüstungsstand ist heute kein Ersatz mehr für die Sicherheit. Im besten Falle kann er die Illusion der Sicherheit schaffen, wobei wieder auf der anderen Seite bei anderen Völkern das Gefühl der Unsicherheit geschaffen wird. Das Ideal, das angestrebt werden muß, ist die Sicherheit für alle. Diese Sicherheit hängt entscheidend von der Herabsetzung der Rüstungen ab. Rüstungen sind nur das Symptom pathologischer Bedingungen, nämlich die Furcht vor Angriffen und das Mißtrauen gegenüber den Nachbarn. Aber durch die Ansammlungen von Rüstungen wird der Krankheitszustand nur auf andere Gebiete verlegt. Die Abrüstung kann durch zwei Methoden erreicht werden. Die eine ist die Festsetzung einer Höchstgrenze der Rüstungen, die andere liegt auf dem Wege eines internationalen Abkommens, das bestimmte Kriegswaffen und Methoden ausschließt. Eine Herabsetzung der Heeresausgaben um 25 v. H. ist unbedingt notwendig.

Der englische Außenminister forderte sodann die Abschaffung der Unterseeboote, des Gaskrieges und der Bombardierungen aus der Luft. Gerade die modernen Waffen, wie Gas, Flugzeuge und Unterseeboote, würden in einem zukünftigen Kriege gar nicht zu schillernden Auswirkungen nach sich ziehen. Zu den Vorschlägen der französischen Regierung erklärte Simon, die erklärte Regierung sei bereit, diese wie auch alle anderen Vorschläge mit der größten Sympathie und Aufmerksamkeit zu prüfen. Zum Schluß gab Simon kurz zusammengefaßt das Abrüstungsprogramm der englischen Regierung bekannt. Die englische Regierung nimmt den vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten Abkommensentwurf als Grundlage der Verhandlungen an, ferner den Vorschlag in diesem Abkommen auf Festsetzung von Höchstgrenzen für die Rüstungen. Sie unterstützt den Vorschlag auf Schaffung eines Abrüstungsausschusses und verlangt die völlige Abrüstung der U-Boote, der Gas- und chemischen Kriegsführung. Die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht muß eingehend geprüft werden.

Nach dem englischen Außenminister, dessen Rede sehr aufmerksam angehört wurde, nahm das Wort der

französische Kriegsminister Tardieu

Er ging aus von der französischen Forderung einer Votivmacht für den Völkerbund und sagte: Frankreich fordert einen Völkerbund, der stark genug ist, den Frieden zu organisieren. Ein entscheidender Schritt in der Richtung zum Frieden muß jetzt gemacht werden, aber man darf sich keinen Augenblick von der Hauptaufgabe entfernen. Die Konferenz ist nicht beauftragt, die Karte der Welt zu ändern, einen neuen Friedensvertrag auszuarbeiten oder Probleme zu lösen, die mit dem Völkerbundspakt nichts zu tun haben.

Wenn jetzt an die Stelle der Gewalt vertragliche Garantien gesetzt werden, so würde man damit von neuem seine Treue zu den bestehenden Unterschriften bekunden. Frankreich hat bereits freiwillig eine wesentliche Herabsetzung seiner Rüstungen vorgenommen und ist bereit, die vertragliche Verpflichtung zu übernehmen, seine Rüstungen für eine bestimmte Zeit herabzusetzen. Die Franzosen wissen, daß Frankreich seine Truppenbestände um ein Viertel, seine Einheiten um zwei Drittel vermindert hat, während andere Mächte ihre militärischen Rüstungen fortgesetzt weiter ausbauen. Frankreich erinnert aber daran, daß England und die Vereinigten Staaten 1919 erklärt haben, die Sicherheit Frankreichs sei nicht genügend. Das französische Volk verlangt deshalb, daß der Boden Frankreichs gesichert wird. Das französische Volk ist stolz in dem Bewußtsein, daß der Frieden keinen einzigen Menschen unter die Souveränität Frankreichs gestellt hat, der nicht bereits seit langem dem Herzen und dem Willen nach Franzose war.

Frankreich hat es niemals unterlassen, Zeichen seines Wohlwollens zu geben. Es hat 1930 eine in der Geschichte einzig dastehende Entschließung gefaßt: Fünf Jahre vor dem Ablauf der Verträge aufzugeben, die als ein territoriales Pfand Frankreich nach den Verträgen übermittelt worden war. Frankreich hat 1926 durch beispiellose Opfer seine Währung stabilisiert, obwohl große Teile des französischen Volkes dadurch ruiniert wurden. Das französische Volk zieht aus dieser Lage den Schluß, daß die Abrüstungskonferenz jetzt handeln muß.

Sehr ungünstiger Eindruck.

Die Rede Tardieus hat in deutschen Kreisen einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht, zumal daraus hervorgeht, daß sich die französische Regierung von neuem uneingeschränkt auf den Boden des Versailler Vertrages stellt.

Mit großer Entrüstung wird die Behauptung Tardieus zurückgewiesen, daß Frankreich es niemals an Großherzigkeit habe fehlen lassen und daß die Rheinlandräumung ein in der Geschichte einzigartig dastehender Fall von Großmut sei. Das französische Abrüstungsprogramm läßt sich in dem Vorschlag zusammenfassen: Neue Sicherheitsgarantien im Rahmen des Versailler Vertrages zur endgültigen Stabilisierung des in Versailles geschaffenen Zustandes. In der Rede Tardieus findet sich kein Wort von einer ernsthaften Herabsetzung des gewaltigen französischen Rüstungsstandes.

Wie ein roter Faden durchzieht die ganze Rede die Forderung nach einem Ausbau der Sicherheitsgarantien, die ewige Forderung nach Sicherheit für Frankreich. In deutschen Kreisen wird allgemein erwartet, daß der Kanzler auf diese Rede antworten und den Rechtsanspruch auf Abrüstung der Siegerstaaten anmelden wird.

Der litauische Bubenstreich.

Die deutsche Protestnote dem Völkerbundsrat in Genf überreicht.

Genf, 9. Februar.

Die von Reichskanzler Brüning unterzeichnete Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der die Reichsregierung beantragt, die Vorgänge im Memelgebiet auf die Tagesordnung einer außerordentlichen, sofort einzuberufenden Sitzung des Völkerbundsrates zu setzen, ist dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt worden. Dieser hat die Note unverzüglich telegraphisch der litauischen Regierung übermittelt mit dem Ersuchen, einen Vertreter für die Verhandlungen im Völkerbundsrat zu ernennen. In der Note weist die Reichsregierung darauf hin, daß die litauische Regierung durch ihr willkürliches Vorgehen einen offenen Bruch des Memelabkommens begangen habe, und daß es nunmehr die Pflicht des Völkerbundsrates als Schlichter des Memelabkommens sei, unverzüglich und mit größter Entschiedenheit alle Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung des Abkommens herbeizuführen und die litauische Regierung zur Zurückziehung ihrer Maßnahmen und Wiedergutmachung zu zwingen.

Wie berichtet wird, soll Präsident Böttcher nach Rowno abtransportiert worden sein. Der Chauvinismus der Litauer habe bereits über Böttcher das Urteil gesprochen. Er soll nach Gorny verbannt werden. Gorny ist ein Verbannungslager, in dem die Sträflinge Litauens untergebracht werden.

Weitere „Personalveränderungen“.

Memel, 9. Februar.

Der an Stelle von Böttcher eingefetzte Landespräsident Tolichus hat seine Arbeit im Sinne des Gouverneurs Merlys begonnen, indem er die memelländischen Polizeikommissare vorläufig beurlaubt und weitere „Personalveränderungen“ im Beamtenkörper des Direktoriums vorgenommen hat. Ferner hat er die Vertrauensleute des Gouverneurs in leitenden Posten untergebracht.

Weitere Verhaftungen und Verfassungen vor dem Reichsgericht sind für die nächsten Tage zu erwarten. Die Absicht des Gouverneurs geht letzten Endes darauf, außer dem Direktorium auch den Landtag zu beseitigen.

Dienstag Brüning-Rede.

Reichskanzler Dr. Brüning — der übrigens bei seinem Eintreffen in Genf sehr lebhaft begrüßt wurde, wird am Dienstag zum Wort kommen. Selbstverständlich wird seine Rede auch auf die Ausführungen seiner drei Vorredner eingehen.

In übrigen wird ausdrücklich betont, daß die Rede des Reichskanzlers keine Stellungnahme zur Abrüstungsfrage vom innerpolitischen, sondern ausschließlich vom außenpolitischen Standpunkt aus sein wird. Ferner wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den eingehenden Ausführungen des Reichskanzlers über die von Deutschland auf der Abrüstungskonferenz zu machenden Vorschläge die allgemeinen Richtlinien zu erörtern sind, die von deutscher Seite auf der Abrüstungskonferenz maßgebend sind.

Reichskanzler Dr. Brüning wird bereits am Dienstag Nachmittag von Genf wieder abreisen.

Frontkämpfer an die Abrüstungskonferenz.

Berlin, 9. Februar.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, ersucht in einem Telegramm die Abrüstungskonferenz, ihr Augenmerk auf die friedensgefährdende Ungleichheit der Rüstungen zwischen den Siegerstaaten und den Unterlegenen des Weltkrieges zu lenken. Der Stahlhelm fordert die Aufhebung derjenigen Vertragsbestimmungen, die die Wehrhoheit Deutschlands beschränken. Ähnliche Telegramme sandten der deutsche Reichskriegsverband, die Reichsoffiziersbund, der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere, sowie die Frontkämpfervereinigungen Österreichs.

Memelgebiet fordert Volksabstimmung.

Memel, 9. Februar.

Unter dem Druck der letzten Ereignisse, die deutlich bezeugen, daß Litauen die Memelland-Autonomie völlig zerlegen will, erhebt sich in der Bevölkerung des Memelgebiets immer deutlicher die Forderung auf Selbstbestimmung durch eine Volksabstimmung.

Allgemein ist man der Auffassung, daß im Hinblick auf die zahlreichen Verletzungen des Memelstaats der jetzt durchgeführte Staatsstreich dem Völkerbundsrat Veranlassung geben müßte, festzustellen, daß Litauen die Bedingungen, unter denen es die Souveränität über das Memelgebiet erhielt, nicht erfüllt hat und daß es infolge dessen seiner Rechte verlustig gegangen ist.

Der Memellandbund, die Organisation der Memelländer in Deutschland, hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem eine gänzliche Neuordnung der Memelfrage gefordert wird. In einem Telegramm an den Reichskanzler Brüning wird verlangt, die diplomatischen Beziehungen zu Litauen sofort abzubrechen.

Londoner Stimmen.

London, 9. Februar.

Durch den deutschen Antrag in Genf, die Memelfrage wegen des litauischen Staatsstreiches vor den Völkerbundsrat zu bringen, ist die Aufmerksamkeit der englischen Presse endlich einmal auf die Memelfrage gerichtet worden. „News Chronicle“ hebt hervor, daß Deutschland alles Recht für ein solches Vorgehen habe, daß ferner das Memelabkommen die Annahme des Haager Gerichtshofes vorsehe.

Der „Daily Herald“ bezeichnet den Staatsstreich in Memel als eine Verletzung des Völkerbundes und eine Herausforderung Deutschlands. Die Memeler Vorgänge könnten Vorläufer schlimmerer Dinge werden. So sei es durchaus möglich, daß, wenn die Litauer Erfolg haben sollten, Polen gegenüber Danzig ebenso verfahren werde.

